

Die Hochschüler_innenschaft der Akademie der bildenden Künste Wien kritisiert die geplante „Neuregelung“ der Studiengebühren scharf – Regierung stellt untragbar diskriminierenden Zustand gegenüber Studierenden aus Drittstaaten wieder her

Studiengebühren können an der massiven Unterfinanzierung des tertiären Bildungssektors nichts ändern. Sie erschweren den Hochschulzugang für sozial schwächere Studierende immens. Vielen Drittstaatsangehörigen Studierenden bleibt zusätzlich noch der Zugang zum Arbeitsmarkt in Österreich verwehrt. Ebenso fordert das österreichische Fremdenrecht von Drittstaatsangehörigen die in Österreich studieren möchten, gedeckte Lebenserhaltungskosten je nach Alter von 5400 bis über 9778 Euro jährlich nachzuweisen und das oftmals bei geringen Chancen auf Zugang zum Arbeitsmarkt. Die zusätzliche finanzielle Mehrbelastung durch doppelte Studiengebühren verbaut vielen Personen aus nicht EU Ländern gänzlich die Möglichkeit auf universitäre Bildung.

„Anstatt bei den Studierenden abzukassieren, müssen die Hochschulen endlich ausfinanziert werden“, fordert Lisa Lnenicka vom Referat für politische antirassistische Praxis der Hochschüler_innenschaft der Akademie der bildenden Künste Wien

Die Hochschüler_innenschaft spricht sich für gleiches Recht auf Mobilität und Bildung, unabhängig von Staatsbürger_innenschaft, und freien Hochschulzugang aus und gegen diskriminierende doppelte Studiengebühren von Drittstaatsangehörigen!

Rückfragehinweis:

Referat für politische antirassistische Praxis der Hochschüler_innenschaft der Akademie der bildenden Künste, Schillerplatz 3 | A-1010 Wien, Lisa Lnenicka, Tel. 676/4929240